PB.S-01-358

Kapitel 3: Solidarität sichern

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Baris Aktas (KV Rottweil)

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 357 bis 359 einfügen:
werden wir attraktiver gestalten, sodass zusätzliche Erwerbstätigkeit auch in Teilzeit zu einem spürbar höheren Einkommen führt. Der Nachwuchs in leistungsempfangenden Familien soll ohne eine Anrechnung Geld verdienen dürfen. Vermögen werden künftig unbürokratischer und mit Hilfe einer Selbstauskunft geprüft.

Begründung

Jugendliche die in sozialleistungsempfangenden Familien/Bedarfsgemeinschaften sind, werden heutzutage vom Sozialleben ausgegrenzt und sie sehen wie andere Jugendliche aus besseren Verhältnissen arbeiten dürfen und sie nicht.

Ohne Anrechnung ist das Sparen auf einen Auszug, Studium, Führerschein und ähnlichen Sachen nicht erschwert. Die Finanzierung eines Hobbys, einer Vereinsmitgliedschaft, einer Reise, nachhaltigeren/qualitativeren Kleidungsstücken, von Digitalgeräten und mehr wären für den Nachwuchs nicht mehr ein unausweichbares Hindernis.

Damit wird auch gesichert, dass diese Jugendlichen nicht ihre Eltern/Erziehungsberechtigten dafür beschuldigen, schlechter leben zu müssen. Das löst auch das Gefühl, dass arbeiten unnötig wäre (Hoffnungslosigkeit) und der Nachwuchs wäre nicht mehr von einem sozialen Aufstieg gehindert.

weitere Antragsteller*innen

Felix Bohnacker (KV Bodenseekreis); Jakob Schwerer (KV Ortenau); Michael Brandtner (KV Kiel); Robin Schaletzki (KV Pforzheim und Enzkreis); Tabikan Runa (KV Konstanz); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Kevin Chen (KV Stuttgart); Birgitta Tremel (Hannover RV); Maike Sander (KV Ettlingen); Philipp Häusele (KV Augsburg-Stadt); Jan Steinstraßen (KV Rhein-Berg); Florian Skobowsky (KV Stuttgart); Marin Pavicic-Le Déroff (KV Tübingen); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Clara Käßner (KV Halle); Laurin Weiß (KV Calw); Karl Hertkorn (KV Sigmaringen); Matthäus Rothmeier (KV Nürnberg-Stadt); Amelie Marie Brummer (KV Freiburg)